

Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2022

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Bläse, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

es sind alles andere als normale Zeiten. Die Corona-Pandemie war leider nach der zweiten und dritten Welle nicht Geschichte, jetzt haben wir die 4. Welle, heftiger als jemals zuvor. Diese für uns alle sehr unsicheren Zeiten haben Auswirkungen auf jede und jeden ganz persönlich, aber ebenfalls auf die ökonomischen Perspektiven und damit auf die Zukunft der öffentlichen Haushalte, die sehr volatil sind. Das gilt in gleicher Weise für unseren Kreis, unsere Städte und Kommunen. Gemeinsam waren wir mehr als ein Jahr im Krisenmodus unterwegs. Der Lockdown im letzten Winter und Frühjahr hat unsere Industrie- und Gewerbebetriebe, den Einzelhandel, Gastronomie und Kultureinrichtungen ebenso wie Schulen, Kindergärten, Kirchen und Vereine hart getroffen. Diese schwierige Zeit wurde damals von uns allen durch einen guten Zusammenhalt, solidarisches Verhalten und Hilfsbereitschaft gut gemeistert. Jetzt hat jedoch Corona ein Ausmaß angenommen, das bis jetzt nicht vorstellbar war und daher möchten wir alle nur ganz dringend wieder an diese Solidarität erinnern und auffordern, sich impfen und boostern zu lassen. Es führt kein Weg mehr daran vorbei! Die Aufstellung des Haushaltsplanes ist in der jetzigen wirtschaftlich anspruchsvollen Zeit eine besondere Herausforderung, zwar müssen wir zielstrebig und mutig in die Zukunftsfähigkeit des Kreises investieren, dies jedoch mit viel Umsicht, gilt es doch, die Leistungsfähigkeit und Attraktivität des OAK und die seiner 42 Städte und Gemeinden langfristig zu gewährleisten und zu verbessern. Das Zitat von Philip Rosenthal: „Wer zu spät an die Kosten denkt, ruiniert sein Unternehmen. Wer zu früh an die Kosten denkt, tötet die Kreativität“, drückt diese diffizile Aufgabe aus. Daher ist für die SPD-Fraktion ein Haushaltsentwurf, der zielstrebig, mutig und mit viel Augenmaß aufgestellt ist, wie beim Kreishaushalt 2022 geschehen, das Gebot der Stunde.

Und da wir von Zielvorstellungen reden: Welches Bild haben wir von unserem Kreis am Ende dieses Jahrzehnts, am Ende der „Roaring Twenties“? Wie kann oder soll der Ostalbkreis zukünftig wachsen und gedeihen? Wie sind unsere Visionen dazu, wie wollen wir in 10 Jahren leben?

- Die SPD-Fraktion regt dazu eine gemeinsame Konferenz für eine Zukunftsvision an.

- Und zur Schaffung der beabsichtigten Infrastrukturgesellschaft hätten wir in diesem Zusammenhang gerne weitere Details.
- Außerdem bittet die SPD-Fraktion, wie bereits in den letzten Jahren, um Auskunft über externe Beraterleistungen beim Kreis und seinen Gesellschaften.

Gesundheit und Pflege

Die Corona-Pandemie zeigt uns jeden Tag, wie wichtig eine flächendeckende, wohnortnahe und gute gesundheitliche und pflegerische Versorgung in hoher Qualität ist. Sie gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und sollte weder von Gewinnen noch von Krisen abhängen dürfen. Sozialdemokratische Gesundheits- und Pflegepolitik rückt den Menschen in den Mittelpunkt – seien es Patient*innen, Gepflegte, pflegende Angehörige oder medizinisches und pflegendes Personal. Wer in der Kranken- oder Altenpflege arbeitet, verdient Anerkennung durch gute Löhne, klare Personalschlüssel, bessere Arbeitsbedingungen, gute Ausbildung und Zugang zu Kinderbetreuung. Applaus reicht schon lang nicht mehr. Der Pflegeberuf muss attraktiver werden. Der Ostalbkreis bildet gute Pflegekräfte an verschiedenen Standorten aus, was aber noch nicht genügt, denn der Bedarf ist viel größer. Bereits jetzt ist es die allergrößte Herausforderung an den Klinikstandorten genügend Ärzt*innen und Pflegekräfte zu bekommen.

Dieser Mangel an Pflegepersonal zeigt sich besonders in der jetzigen Pandemie auch in unseren Kliniken. Betten können nicht belegt werden, da kein Pflegepersonal vorhanden ist. Aufgrund des extremen Betten- und Pflegemangels kommt es in der Notaufnahme zur verzögerten Verlegung von Patienten auf die Stationen, sodass sich alles in der Notaufnahme anstaut. Das Personal arbeitet seit vielen Monaten am Limit und die Belastung der Teams auf den Stationen ist enorm. Durch die fehlenden Betten müssen Patienten aus der Notaufnahme in andere Krankenhäuser auch außerhalb des Ostalbkreises verlegt werden, was mitunter gleichfalls Ursache für das derzeitige Defizit der Kliniken ist.

Ein zentraler und vordergründiger Punkt ist somit, wieder schnellstmöglich mehr Pflegekräfte zu gewinnen, um die geschlossenen Betten wieder belegen zu können.

- In diesem Zusammenhang bittet die SPD-Fraktion um Auskunft, welche Maßnahmen ergriffen werden, um mehr Pflegepersonal zu bekommen.

Damit wir eine gleichmäßige Auslastung aller unserer Kliniken im OAK gewährleisten können, ist

- die Einrichtung einer zentralen Bettenplanung unausweichlich. Dazu fordern wir die Kliniken auf.

Damit können sekundäre Verlegungen innerhalb der Kliniken vermindert werden, was ebenfalls den Rettungsdienst stark entlasten würde, da diese Fahrzeuge dem regulären Rettungsdienst in der Zeit des Transportes nicht mehr zur Verfügung stehen.

Eine strategische Neuausrichtung aller Kliniken ist unausweichlich, ein „Weiterso“ darf es nicht geben. Unsere Kliniken sind durch Patienten, meist ungeimpfte und mit Covid-19 infizierte, blockiert, während zwischenzeitlich andere Krankheiten ein fortgeschrittenes oder gar unheilbares Stadium erreichen. Im Vorfeld einer Krankenhausbehandlung muss von allen Beteiligten um Behandlungsplätze gefeilscht werden. Die Mutationsfähigkeit des Coronavirus im Zusammenhang mit dem Antikörperrückgang bei geimpften und genesenen Menschen verhindert die Entstehung einer künftigen Herdenimmunität. In wenigen Tagen könnte eine provisorische „Coronaklinik“ erneut errichtet werden. Das Personal ließe sich, wie bereits geschehen, aus dem ambulanten Bereich gewinnen. Durch Einbindung niedergelassener Anästhesisten sind ebenfalls Beatmungseinheiten denkbar. Dadurch könnten sich die Angestellten der Kliniken dem eigentlichen Versorgungsauftrag zuwenden. Eine weitere Entspannung ist durch die Wiederherstellung von Infektionsambulanzen und Impfzentren erreichbar. Alle diese Strukturen haben bereits existiert und wurden in der Zwischenzeit abgeschafft.

- Um möglichst zügig eine Verbesserung der unhaltbaren Zustände zu schaffen, fordert die SPD-Fraktion eine Wiederinbetriebnahme von Fieberambulanzen sowie der mobilen Coronaklinik.

Leider hat sich das Land Baden-Württemberg schon lange von seiner Mitverantwortung für eine flächendeckende, stabile KH-Versorgungsstruktur verabschiedet und auch jetzt in der Corona-Zeit bleiben wir auf einem beträchtlichen Defizit durch Bund und Land bei unseren Kliniken sitzen.

Daher hat der Verwaltungsrat der Kliniken Handlungsempfehlungen beschlossen.

- Die SPD-Fraktion regt in diesem Zusammenhang an, verschiedene „erweiterte MVZs“ mit einer engen Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung kennenzulernen, z.B. in Laupheim, Reutlingen oder Biberach.

Auch wenn es eine große Herausforderung darstellt, ist zur Umsetzung einer ganzheitlichen und sicheren Pflege für alle Patienten und zur Erhaltung oder Realisierung einer hohen Arbeitszufriedenheit für Pflegenden eine ausreichende Anzahl an Pflegekräften notwendig. Daher begrüßen wir das Erstellen eines Pflegebedarfsplanes sehr.

Es muss aber mehr als eine Auflistung nur des Bedarfes sein und daher beantragen wir

- eine Pflegekonzeption im OAK mit dem Ziel, mehr stationäre Pflegeplätze zu erhalten, vor allem auch bei den Demenzkranken, wo wir das Angebot für die vielen zu erwartenden demenziell Erkrankten erweitern müssen.

Pflegestützpunkte mit ihren vielfältigen Leistungen haben sich bewährt.

- Wir möchten diese weiter ausbauen, vernetzen und um Pflegelots*innen ergänzen. Diese beraten als Ansprechpartner*innen und Begleiter*innen pflegende Angehörige. Hier ist dringender Bedarf an Unterstützung angesagt.

Für die SPD-Fraktion war es schon immer eine Kernaufgabe des Landkreises – ohne Wenn und Aber – die medizinische Versorgung durch Kliniken und Arztpraxen zu gewährleisten und wo nötig auch durch kommunale MVZs sicherzustellen.

Bildung, Schulen und Hochschulen

Wir müssen allen Kindern und Jugendlichen gleiche und gute Bildungschancen bieten. Das ist aktive Zukunftspolitik. Die Ungleichheit in der Bildung hat sich jedoch im Lockdown weiter verschärft. Die Corona bedingte Schließung der Schulen und Hochschulen hat uns vor neue Aufgaben gestellt und gezeigt, wie wichtig eine funktionierende digitale Infrastruktur ist. Der Kreis geht mit gutem Beispiel voran, auch um seine Schulen modern zu sanieren und zukunftsgerichtet und digital auszustatten. Unsere Schulen und Hochschulen bilden aus, lehren und forschen auf einem sehr hohen, breit aufgestellten und zukunftsfähigen Niveau. Darauf können wir alle sehr stolz sein. Für die SPD muss jedoch Bildung von der Kita bis zur Meisterprüfung oder zum Studienabschluss kostenfrei sein. Dafür werden wir im Land immer kämpfen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist in unserer Bildungslandschaft zum Top-Thema geworden. Themen wie Klimawandel, Energie, Ernährung und globale Gerechtigkeit werden in zahlreichen Projekten bearbeitet. Unterstützung erhalten sie dabei von unserem wirklich gut arbeitenden Bildungsbüro.

- Wir schlagen vor, für das Schuljahr 2022/23 einen Nachhaltigkeitspreis für unsere Schulen zu vergeben.

Zu den absoluten Stärken des Ostalbkreises gehören unsere drei Hochschuleinrichtungen. Diese in ihrer Entwicklung optimal zu unterstützen war schon immer gut investierte Politik für die Zukunftssicherung unseres Standortes, gut für die wirtschaftliche Prosperität und gut für die Innovationsfähigkeit unserer Raumschaft. Die kooperativen und innovativen Arbeitsweisen werden wir gerne begleiten und unterstützen.

Wohnen

Wohnen ist zu einer der großen sozialen Fragen unserer Zeit geworden. Der Anstieg der Mieten und Immobilienpreise geht ununterbrochen weiter und macht heute vor keiner Region halt. Der Markt allein ist nicht in der Lage, bezahlbaren und klimaschonenden Wohnraum für alle Menschen zu schaffen.

Bereits mehrmals hat die SPD-Fraktion eine gemeinsame Wohnbaugesellschaft im Ostalbkreis gefordert, was leider immer abgelehnt wurde.

- Trotzdem lassen wir uns nicht entmutigen und fordern dies im Jahr 2022 wieder.

Der Ansatz dabei ist, dass der Kreis und diejenigen Gemeinden, die bisher keine kommunale Wohnbaugesellschaft haben, sich zusammentun und eine Gesellschaft gründen. Diese Gesellschaft kann dann dort tätig werden, wo es einen Bedarf nach sozialem Mietwohnraum gibt. Der Landkreis unterstützt die kreisangehörigen Gemeinden dabei, gemeinnützige kommunale Wohnbaugesellschaften zu gründen. Wo passend, auch als interkommunale Gesellschaften von mehreren Kommunen. Die bestehenden Wohnungsbaugesellschaften werden gebeten, ihre Erfahrungen miteinzubringen.

Leider hat auch das Land keine Landeswohnraumgesellschaft, die sich als landeseigene GmbH und Partnerin unserer Kommunen versteht.

Ein weiterer Schwerpunkt ist für uns das attraktive Wohnen für den dritten und vierten Lebensabschnitt, also von der Rente bis ins hohe Alter. Wir finden, ein Wohnungswechselprogramm könnte Angebote schaffen, die auf die veränderten Bedürfnisse von Senior*innen eingehen und zugleich Wohnraum für Familien schaffen.

- Die SPD-Fraktion regt daher an, eine Plattform für Wohnungstausch einzurichten. Bei einer solchen Wohnungstauschbörse kann die große Wohnung gegen eine kleinere Wohnung bei veränderter Lebenssituation getauscht werden.

Eine bereits lange Forderung der SPD wird mit der Einführung der sogenannten Grundsteuer C erfüllt. Damit können Kommunen in BW aus städtebaulichen Gründen ab dem Jahr 2025 einen gesonderten Hebesatz für unbebaute, baureife Grundstücke festlegen.

- Wir bitten die Verwaltung in Gespräche mit den 42 Kommunen und Städten in unserem Kreis zu gehen, damit diese Steuer ab 2025 überall umgesetzt werden wird.

Mobilität

Wir brauchen den Mut, neue Mobilitätsformen anzudenken, umzusetzen und diese zu vernetzen.

Wir brauchen eine ökologische, sozial gerechte und wirtschaftliche Verkehrspolitik, welche die Klimaziele in den Vordergrund stellt. Wir müssen klimaschonende Verkehrskonzepte ausbauen mit dem Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 40 % zu senken und uns muss bewusst sein, dass Mobilität Teilhabe bedeutet. Menschen und Unternehmen sind auf leistungsfähige Verkehrswege angewiesen, die attraktive Mobilitätsangebote ermöglichen. Um die Zahl der Autos auf den Straßen zu verringern, sollte, wo immer möglich, Schienenausbau vor Straßenausbau erfolgen. Es gilt mehr Güter von der Straße auf die Schiene zu bringen und vor allem den Ausbau der Rems- und Oberen Jagstbahn sowie der Brenzbahn zu forcieren. Zielrichtung muss mindestens der Einstundentakt sein.

Ein guter ÖPNV/SPNV hat für uns fünf Eigenschaften: Bezahlbarkeit, Verlässlichkeit, Barrierefreiheit, enge Taktung, und einfache Anbindung an den Individualverkehr, er muss attraktiver, verlässlicher und bezahlbarer sein, als die Nutzung von Pkws. Dafür brauchen wir eine schlüssige und zukunftstaugliche Gesamtstrategie. Und hier gilt es, die nötige Infrastruktur zu schaffen, sie auszubauen und vor allem, diese zu vernetzen, auch durch VerkehrsApps. Neben Bus- und Bahnrouen sollten hier ebenfalls Car-, Bike- und Ride-Sharing angezeigt und kombiniert werden. Dazu müssen wir ebenfalls dringend das Land auffordern, die angekündigte Qualitätserweiterung des ÖPNVs mit viel mehr Geldern zu finanzieren.

- Die Einführung eines Schüler- und Jugend-Tickets sowie eines Senientickets für 365 Euro muss jetzt tatsächlich erfolgen.

Zu begrüßen ist die Einführung des Baden-Württemberg-Tarifs. Bezüglich des Mobilitätspasses sind wir gespannt auf die Ergebnisse der Berechnungs- und Finanzierungsmethoden und welche Auswirkungen ein solcher auf unseren ländlichen Raum hätte.

Durch den Ausbau von sicheren Radwegenetzen müssen vermehrt Fahrräder, E-Bikes und Pedelecs im Ostalbkreis alltägliche Verkehrsmittel werden. Ein flächendeckender Ausbau der Ladeinfrastruktur der E-Mobilität für Autos und Fahrräder ist dringend nötig sowie ebenfalls eine Vereinheitlichung der Zahlweise bei den Stromsäulen.

Im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur wird es 2022 darum gehen, die Verkehrsinfrastruktur im Bereich der B 29 weiter voranzubringen und umweltschonende und ortslagennahe Umfahrungen, wo sinnvoll und nötig, weiter zu planen.

Klima-, Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Der Klimagipfel in Glasgow ist gerade zu Ende gegangen und die Weltgemeinschaft ringt, die Auswirkungen des Klimawandels einzugrenzen. Herauszustellen ist, dass Klimaschutz viele Chancen beinhaltet: Chancen uns als Gesellschaft und unseren Wirtschaftsstandort in eine nachhaltige Zukunft zu führen. Gerade jetzt bekommen wir die Folgen der Pandemie und des globalen Wandels deutlich zu spüren. Daher muss unsere Gesellschaft die erneuerbaren Energien (Wind, Wasser, Sonne) vermehrt ausbauen und klimaschonendes, soziales Bauen fördern, insgesamt den Material- und Energieverbrauch senken. Jetzt müssen wir unseren ÖPNV günstiger, barrierefreier und zuverlässiger umsetzen. Wir müssen unsere Unternehmen in der Entwicklung zukunftsfähiger, klimafreundlicher Produkte und Prozesse unterstützen – zugunsten der Arbeitnehmer*innen. Im Sinne einer Kreislaufwirtschaft müssen wir langlebig konstruieren, wiederverwerten und reparieren statt wegzuwerfen. So schützen wir langfristig die biologische Vielfalt und unsere Ökosysteme. Die SPD bekennt sich zum 1,5-Grad-Ziel und möchte erreichen, dass das CO₂-Budget von 350-400 Mio. Tonnen in BW erreicht wird. Durch Einführungen von CO₂-Schattenpreisen auch in den Verwaltungen könnten die ökologischen Folgekosten schon heute besser berücksichtigt werden.

In diesem Zusammenhang möchten wir uns bedanken bei allen Jugendlichen, die sich in der Fridays for Future- und ähnlichen Bewegungen engagieren und sich das Motto zu eigen gemacht haben: „Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.“

Für uns Sozialdemokrat*innen ist Klimaschutz nicht grün, sondern rot, denn Nachhaltigkeit ist immer auch eine äußerst soziale Frage.

- Wichtig war, dass in der Kreisverwaltung das neue Referat Klimaschutz und Nachhaltigkeit geschaffen wurde und die SPD-Fraktion bittet um regelmäßige Berichte darüber im Kreistag.

Leider hinken wir trotzdem im Kreis, Land und Bund mit unseren selbst gesteckten Klimaschutzziele zur Senkung des CO₂-Ausstoßes hinterher.

Die Energiewende kann nur mit der nötigen Infrastruktur gelingen. Dafür müssen wir die Leitungsnetze ausbauen und die Förderung von intelligenten Netzen und Speichertechnologien erhöhen. Von großer Bedeutung ist erneuerbar erzeugter Wasserstoff. Daher freuen wir uns über das Projekt H₂-ASPEN in Schwäbisch Gmünd und den Erfolg bei HyExperts. Wir begrüßen die Schaffung einer Modellregion bezüglich des „Grünen Wasserstoffs“ und die Mitgliedschaft im Verein „Hy-Five e.V.“

- In diesem Zusammenhang regen wir auch gemeinsame Forschungsverbände unserer Hochschulen an.

Ökologisch nachhaltig zu handeln ist eine Aufgabe für alle Bereiche. Im vergangenen Jahr hat die Kreisverwaltung einen guten Überblick zum sozial und ökologisch verantwortlichen Handeln vorgelegt.

- Auch für dieses Jahr stellt die SPD-Fraktion wieder den Antrag, dass alle Unternehmen an denen der Kreis beteiligt ist, separat einen solchen Bericht vorlegen und das Ergebnis in den Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsräten diskutiert und im Sinne einer ökologisch-nachhaltigen Zielsetzung beschlossen wird.

Den eigenen Konsum überdenken, Plastik-, Verpackungs- und anderen Müll vermeiden, versuchen einen geschlossenen Wertstoffkreislauf zu schaffen und vieles mehr, ist unser aller Aufgabe, um unsere Umwelt zu schonen. Daher begrüßen wir den Vorschlag, der Ostalbkreis möge sich der „Initiative plastikfreie Stadt“ anschließen. Die Potenziale der Kreislaufwirtschaft für den Klimaschutz zu nutzen ist die eine Seite, denn wir brauchen einen Wertstoffkreislauf anstelle einer Wegwerfgesellschaft. Dazu kann jede und jeder etwas dazu beitragen. Plastik aber von vornherein zu vermeiden ist noch wichtiger. Hier muss der Kreis ebenfalls die Unternehmen und Betriebe mit ins Boot holen und selbst als Vorbild vorangehen, in den Verwaltungen und bei seinen Gesellschaftern. Wir gehen davon aus, dass die Kreisverwaltung im Rahmen ihrer Initiative im Kreistag darüber berichten wird.

Neben dem rasanten Klimawandel schreitet der Artenverlust dramatisch voran. Den Verlust an gesunden Ökosystemen und biologischer Vielfalt gilt es zu stoppen. Nur so können wir die notwendigen Ressourcen und genug Kraft bewahren, zukünftige Krisen zu bewältigen, widerstandsfähig gegenüber neuen Risiken zu sein und uns zu einer sozial und wirtschaftlich nachhaltigen Gesellschaft entwickeln.

Dass der Ostalbkreis im Jahr 2022 als Pilotlandkreis mit dem Land Baden-Württemberg das Resilienz-Zentrum-Ostalbkreis startet, wird von uns sehr begrüßt, gilt es doch, die Lücke zwischen den Bevölkerungsschutzmaßnahmen und der eigenen Bürgerschaft zu schließen. Die SPD-Fraktion wird alle Bemühungen unterstützen, die dazu beitragen, dass die Resilienz gegen Hitze- und Hochwasserperioden aufgrund des Klimawandels gestärkt wird und die Auswirkungen auf das Klima durch den Einsatz von Gebäudebegrünung, Grünkorridoren, zusätzlichen Baum- und Heckenpflanzungen sowie einer Mäandrierung von Flüssen und Bächen verbessert werden.

Arbeit

Es gilt in den Umbau von innovativen, nachhaltigen und klimaneutralen Beschäftigungsverhältnissen und Produktionsprozessen in allen Branchen zu investieren. Der Ostalbkreis ist ein anerkannter Wirtschaftsstandort mit guten Betrieben, Dienstleistungen, Industrien und einem großen Potenzial an Innovationen. Für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Kreises sind engagierte Unternehmer*innen und Arbeitnehmer*innen verantwortlich, die jetzt auch den Wandel in der Arbeitswelt tragen und gestalten.

Wir haben eine gesunde Mischung aus großen und kleinen Unternehmen, Industrie und Dienstleistung, Handwerk und Forschung. Dieser Mix vom Soloselbstständigen bis zum Weltmarktführer macht die Stärke unseres Kreises aus. Mit der Anforderung einer klimafreundlichen Mobilität steht allerdings besonders der Metall- und Maschinenbau sowie die Schlüsselindustrie Automobil unter großem Druck zur Veränderung. Unsere SPD begreift den Wandel in erster Linie als eine Chance für eine nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft, für zukunftsfähige und gute Arbeit. Diese Chance wollen wir im Interesse der Bürger*innen nutzen und dabei den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Dafür müssen wir den Wandel aktiv gestalten, welcher für uns ein gesamtgesellschaftliches Projekt ist, das die Wirtschafts- und Strukturpolitik, die Arbeitsmarktpolitik, die Umwelt- und Verkehrspolitik und die Wissenschafts-, Innovations- und Bildungspolitik betrifft.

Im Moment erleben wir zeitgleich drei große Herausforderungen:

den Strukturwandel in der Automobilindustrie mit dem Wegfall vieler Arbeits- und Ausbildungsplätze, den Transformationsprozess getrieben durch die Digitalisierung, die alle Lebens- und Arbeitsbereiche erfassen wird und die volkswirtschaftlichen „Einschläge“ und „Nachwirkungen“, bedingt durch Corona.

Deshalb werden die Ausbildung und Weiter-Qualifizierung noch wichtiger werden. Arbeitnehmer*Innen dürfen nicht erst weitergebildet werden, wenn sie ihren Arbeitsplatz verloren haben. Der Fokus liegt hier besonders auch auf kleinen und mittleren Unternehmen und Beschäftigten, die neue berufliche Perspektiven benötigen. Denkbar für uns sind ebenfalls Verbundlösungen, bei denen mehrere Betriebe die Ausbildung gemeinsam durchführen. Wir müssen der Ausbildung im Handwerk den gleichen Stellenwert zukommen lassen wie der Ausbildung an unseren Hochschulen. Wir müssen die Beschäftigten von heute vorbereiten auf die Arbeit von morgen. Dazu muss ebenfalls das Land mit einem Weiterbildungsfonds mit an Bord.

Alle Wirtschaftsbereiche im Kreis und Land haben einen gesteigerten Bedarf an Fachkräften, daher benötigen wir eine durchdachte Zuwanderung und ein zügiges, transparentes Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Mit unserer EATA

haben wir den richtigen Weg eingeschlagen, um ausländische Fachkräfte zu gewinnen, die wir dringend brauchen.

Zum Bereich Arbeit gehört für uns ebenfalls, die erforderlichen Voraussetzungen für alle Mitarbeiter*innen und Bürger*innen in den Kreisverwaltungen zu schaffen für eine Erhaltung und Weiterentwicklung einer bürgernahen, effizienten, digitalen und modernen Behörde. Daher unterstützen wir die Realisierung eines zweiten Verwaltungsstandorts auf dem Union-Areal.

Soziale Sicherheit

Wir können stolz darauf sein, welch starkes soziales Netz wir in unserem Ostalbkreis haben. Gerade auch „Corona-bedingt“ müssen wir darauf achten, dass dieses soziale System weiterhin leistungsfähig ausgestaltet bleibt und alle bedürftigen Menschen im Blickpunkt hat.

Es ist nicht verwunderlich, dass der Sozialetat im neuen Haushaltsjahr wieder den größten Teilbereich darstellt. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass es sich hierbei um einen Großteil von Pflichtaufgaben handelt, die ganz vielen Menschen in Notlagen und mit Handicaps eine Perspektive für die Zukunft gibt. Wir begrüßen das Förderprogramm „Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut - erkennen und weiterentwickeln von lokalen Präventionsketten“, um die Möglichkeiten sozialer Teilhabe von Kindern aus armutsgefährdeten Familien zu steigern.

Auch den verstärkten Ausbau von Kindertagesstätten und Grundschulen zu Bildungszentren sehen wir positiv, stehen doch hier die intensive Zusammenarbeit sowie eine sinnvolle pädagogische Vernetzung des Orientierungsplanes und des Bildungsplanes im Mittelpunkt.

Beim Kinder- und Jugendschutz

- fordern wir dringend eine bessere Vernetzung der Jugendämter verschiedener Kreise untereinander sollten „schwierige Familien“ mit Gefährdungspotenzial für Kinder und Jugendliche in einen anderen Kreis ziehen (siehe Bopfingen).

Ende 2022 läuft der vom Land, vom Landkreis und von der Stadt Ellwangen geschlossene Vertrag zum Betrieb der LEA Ellwangen aus. Fast 8 Jahre hat bis dahin die Stadt Ellwangen die sehr wichtige Aufgabe übernommen, für eine LEA da zu sein mit allen damit sich ergebenden Herausforderungen.

Für das Land und den Kreis ist es ein Glücksfall, im ehemaligen Kasernengelände und jetzigem Konversionsgelände in Ellwangen einen geeigneten Platz für eine LEA gefunden zu haben sowie mit der Stadt Ellwangen einen zuverlässigen,

kooperationsbereiten Partner, der den geflohenen Menschen mit Empathie begegnet. Die anderen Städte und Gemeinden im Ostalbkreis profitieren durch das LEA-Privileg. Aus der Bürgerschaft, der Stadtverwaltung Ellwangs sowie den umliegenden Gemeinden sind zahlreiche Menschen über Jahre hinweg bereit zu großherzigen Spenden, vielfältigem ehrenamtlichen Engagement, Weltoffenheit, Toleranz und großer Hilfsbereitschaft gegenüber den in der LEA betreuten Menschen. Durch das Team der LEA und zahlreichen Behörden wurden die Geflohenen mit großer Kompetenz und Expertise betreut, beraten und unterstützt. Der SPD-Kreistagsfraktion ist es sehr wichtig, sich bei allen Menschen, die in der LEA arbeiten, für ihre besondere Arbeit ganz herzlich zu danken. Sollten sich die Mandatsträger der Stadt Ellwangen für eine nochmalige Verlängerung der Laufzeit der LEA aussprechen, würde die SPD-Fraktion dies unterstützend und positiv begleiten.

- Auch bittet unsere Fraktion, den auf unseren Antrag eingeführten Integrationspreis, der 2016 und 2018 ausgelobt wurde und alle zwei Jahre ausgeschrieben werden sollte, für 2022 wieder vorzusehen, damit die vielen und oft ehrenamtlich umgesetzten Ideen zur Integration und Begleitung von Flüchtlingen auch gewürdigt werden.

Um den Fluchtursachen vorzubeugen und den Menschen „Vor-Ort“ zu einem besseren Leben zu verhelfen, begrüßt die SPD-Fraktion eine Entwicklungsarbeit des Kreises mit dem Schwerpunkt Afrika.

Dank

Lassen Sie mich im Namen meiner Fraktion einen besonderen Dank aussprechen für die kompetente Arbeit und das gute und faire Miteinander, geprägt von gegenseitigem Vertrauen und Respekt. Namentlich möchten wir Ihnen danken, Herr Landrat Dr. Bläse. In diesen Dank schließen wir natürlich auch unseren Kämmerer Herrn Kurz mit seinem Team ein sowie die ganze „Verwaltungsbank“ und alle Mitarbeiter*innen der Kreisverwaltung.

Ein Dankeschön geht an alle Mitglieder des Kreistags für die offene und kollegiale Zusammenarbeit. Wir freuen uns auf konstruktive und spannende Debatten und Diskussionen bei den anstehenden Haushaltsberatungen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, passen Sie auf sich auf, lassen Sie sich impfen und boostern und bleiben Sie gesund!